

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 18/56

Ministerium für Justiz,
Kultur und Europa
des Landes Schleswig-Holstein



Ministerin

An den Vorsitzenden des Ausschusses
für Bundes- und Europaangelegenheiten,
für Kooperationen im Ostsee- und Nordseeraum
und für Minderheiten
des Schleswig-Holsteinischen Landtages
Herrn Peter Lehnert, MdL
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

09.08.2012

**Betr.: Übersendung des Ergebnisprotokolls des Besuchs der Ministerin für Justiz,
Kultur und Europa in Brüssel vom 09.-11. Juli 2012**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

wie in der Sitzung des Europaausschusses vom 08. August 2012 zugesagt, übersende ich
Ihnen in der Anlage das Ergebnisprotokoll meines Besuchs in Brüssel vom 09.-11. Juli
2012 zur Information des Ausschusses.

Mit freundlichen Grüßen


Anke Spoorendonk

Anlage 1

Brüssel, 13. Juli 2012

Betr.: **Besuch Ministerin Spoorendonk vom 9. – 11. Juli 2012
in Brüssel**

Hier: **Ergebnisprotokoll**

Sachstand: **Gespräch mit Herrn Peter Tempel, Botschafter und
Ständiger Vertreter der Bundesrepublik Deutschland
bei der Europäischen Union in Brüssel**

Im Mittelpunkt des Gesprächs standen die zukünftige Europäische Territoriale Zusammenarbeit (ETZ), die EU-Ostseestrategie und die Verhandlungen zum Mittelfristigen Finanzrahmen 2014 – 2020 (MFR).

Ministerin Spoorendonk (M) betonte einleitend die Bedeutung der Themen Tourismus und Kultur für INTERREG. Es bestehe die Befürchtung, dass diese weichen, für die Entwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit wichtigen Standortfaktoren nicht mehr wie gewohnt gefördert werden könnten, da sie nicht explizit unter den 11 thematischen Zielen genannt werden. Die entsprechenden Ausführungen von StM Link auf der EMK am 2. Juli 2012 hätten diese Bedenken nicht ausräumen können.

Botschafter Tempel (B) zeigte sich indes davon überzeugt, dass die Regionen auch weiterhin Tourismus- und Kulturprojekte im Rahmen von INTERREG durchführen könnten. Die notwendige Flexibilität sei seiner Auffassung nach gegeben.

Anm.: Diese optimistische Aussage beruht auf dem Kompromiss des Rates für Allgemeine Angelegenheiten vom 26. Juni 2012 zum Thema Thematische Konzentration, nach dem künftig statt 100 % „wenigsten 80 % der EFRE-Mittel auf 4 der 11 Themen“ konzentriert werden sollen. Die restlichen 20 % können für die übrigen Themen verwendet werden. Tourismus und Kultur können mithin – obwohl nicht ausdrücklich erwähnt – hierunter subsumiert werden.

M betonte die Bedeutung der Priorität Kultur & regionale Identität als weiche Standortfaktoren für die erfolgreiche Umsetzung der EU-Ostseestrategie. Die Landesregierung setze sich hierfür gemeinsam mit Ars Baltica ein. In Kopenhagen sei jüngst Unterstützung von Polen und dem Nordischen Rat signalisiert worden.

B wies darauf hin, dass es vor allem wichtig sei, zu verdeutlichen, dass es sich nicht um eine rein deutsche Angelegenheit, sondern um ein internationales Projekt handle. Für den Erfolg der Initiative sei der internationale Aspekt entscheidend.

B stellte den Zusammenhang zwischen den Verhandlungen über den MFR 2014 – 2020 und den Verhandlungen über die Reform der EU-Kohäsionspolitik und der Gemeinsamen Agrarpolitik dar und betonte dabei die Bedeutung von Wachstum und Beschäftigung im Rahmen der EU 2020-Strategie. Er sprach die länderspezifischen Empfehlungen und die unterschiedliche Interessen der Nettozahler und -empfänger an. Im Vordergrund stehe die Notwendigkeit, die Politik an der Grundphilosophie der Wachstumsstrategie auszurichten.

Zunächst müsse der MFR stehen. Im November werde zwar ein Sondergipfel einberufen, er glaube aber, dass die Verhandlungen nicht bis zum Ende des Jahres, sondern erst im Frühjahr abgeschlossen werden würden. Der EU-Haushalt werde wegen der Krise nicht erhöht. Es werde daher ein massiver Verteilungskampf geführt. Die Staats- und Regierungschefs stünden unter hohem Druck.

Parallel werde die Diskussion um die Zukunft der Europäischen Union geführt (Van Rompuy-Bericht). Für neue Entwicklungen müsse nicht notwendigerweise der Vertrag geändert werden.

B lobte abschließend noch die dänische EU-Ratspräsidentschaft.

Gespräch mit Herrn Hubert Gambs, Kabinettchef von EU-Kommissar Dr. Johannes Hahn

M stellte die Bedeutung der Themen Tourismus und Kultur für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Rahmen der ETZ dar. Sie verwies auf den Kompromiss des Rates für Allgemeine Angelegenheiten, nach dem nur noch 80 % der Mittel für 4 der 11 Ziele verwendet werden sollen.

Herr Gambs stimmte der Interpretation zu, dass die restlichen 20 % der Mittel für die anderen Ziele des Menükatalogs zur Verfügung stehen können. Die Kommission habe nicht beabsichtigt, bestimmte Wirtschaftssektoren auszuschließen. Wichtig sei die Orientierung an den Zielen der EU 2020-Strategie. Die Themen Tourismus und Kultur könnten unter die Ziele subsumiert werden. Den Regionen werde die notwendige Flexibilität gelassen.

Zum Thema Konditionalitäten wies er auf die Diskussionen zur Einhaltung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes und die Position der Nettozahler hin.

Die Bedeutung der ETZ für die Kommission sei auch an der deutlichen Mittelerrhöhung zu erkennen. Zu den weiteren Verhandlungen zum MFR 2014 – 2020 merkte er an, es könne nicht ausgeschlossen werden, dass die vorgesehene Mittelerrhöhung von den Mitgliedstaaten wieder einkassiert werde, da sie nicht für einzelne Mitgliedstaaten vorgesehen sei.

KOM befürworte die Schaffung von Übergangsregionen ebenso wie die Vereinfachung / Reduzierung des Verwaltungsaufwandes. Der Zuschnitt der Programmräume sei aktuell kein vorrangiges Thema.

M stellte abschließend das FUEV-Projekt vor.

Gespräch mit Herrn Gerhard Stahl, Generalsekretär des Ausschusses der Regionen

Herr Stahl (S) wies einleitend auf die gestiegene Bedeutung des Ausschusses der Regionen (AdR) hin. Der AdR werde frühzeitig in den Entscheidungsprozess auf EU-Ebene eingebunden. Die Möglichkeit, Stellungnahmen ab-

zugeben, sei für die Umsetzung der eigenen Politik sehr gut geeignet.

M zeigte sich davon überzeugt, dass der AdR als Plattform der Regionen Europas eine wichtige Netzwerkfunktion habe und entsprechende Kontakte aufgebaut werden können.

M stellte in diesem Zusammenhang u. a. das FUEV-Projekt in Flensburg vor (Haus der Minderheiten – ein Europäisches Informations- und Dokumentationszentrum).

S sagte seine Unterstützung zu: Der AdR könne z. B. die Räumlichkeiten für Konferenzen in Brüssel zur Verfügung stellen.

StK 3 stellte auf Nachfrage das Benennungsverfahren für die AdR-Mitgliedschaft vor. Es sei beabsichtigt, das AdR-Plenum im Oktober 2012 zu erreichen.

Gespräch mit Herrn Karl-Heinz Lambertz, Ministerpräsident der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens

Herr Lambertz (L) stellte einleitend die historische Entwicklung der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens dar. Seit 15 Jahren regiere er mit einer Stimme Mehrheit in einer Dreiparteien-Koalition im Parlament (insg. 25 Sitze). Seit 2011 sei er Vorsitzender der SPE-Fraktion im AdR. Im August sei ein Antrittsbesuch bei MP Torsten Albig in Kiel vorgesehen.

M stellte die Bedeutung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und der makroregionalen Strategie im Ostseeraum vor. Die Zusammenarbeit mit Dänemark erfolge in zwei INTERREG IV A-Programmen. Ein großes INTERREG V A-Gebiet sei in der nächsten Förderperiode geplant.

L äußerte sich grundsätzlich eher skeptisch zu makroregionalen Strategien in Europa. Er befürchte auf diese Weise den Verlust von regionaltypischen Besonderheiten und übergeordnet sogar Renationalisierungstendenzen. Kleinere Gebietseinheiten seien besser geeignet, die gemeinsamen Ziele umzusetzen.

M und L sahen übereinstimmend die Notwendigkeit, die Flexibilität der Regionen im Rahmen der nächsten Förderperiode zu erhalten. Die thematische Konzentration dürfe nicht entgegenstehen.

M stellte die Aktivitäten der FUEV vor. In Flensburg solle das „Haus der Minderheiten – ein Europäisches Informations- und Dokumentationszentrum“ entstehen. Die FUEV werde auch in Brüssel hierfür Unterstützung suchen.

L sagte seine Unterstützung für das Projekt zu.

M sprach die Bewerbung Sonderburgs für die Europäische Kulturhauptstadt 2017 an. Die Entscheidung, ob Sonderburg oder Aarhus die Wahl gewinnen werde, falle im August.

L wies darauf hin, dass für 2018 Maastricht im Namen der gesamten Euregio Maas-Rhein kandidiere. Die Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens beteilige sich an der Bewerbung. Er sagte zu, M entsprechende Informationen zur Bewerbung zuzuleiten.

M und L sahen den AdR übereinstimmend aufgrund der begrenzten Kompetenzen vor allem als Forum der Regionen an, als Plattform für den Austausch von Ideen. Die Veranstaltungen des AdR sollten zum Aufbau entsprechender Netzwerke genutzt werden

Gespräch mit Herrn Jonas Groes, Leiter des Syddanske EU-Kontors Brüssel

Herr Groes (G) hob die Bedeutung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit von Schleswig-Holstein und der Region Syddanmark am Beispiel des Wachstumszentrums hervor (Entwicklung von der Grenzregion zu einer Wachstumsregion). Das Wachstumszentrum plane seine Teilnahme an den Open Days im Oktober. StK 3 übergab G die überprüfte Liste der vom Wachstumszentrum aus Schleswig-Holstein einzuladenden Teilnehmer. G hatte in dem Programmwurf einen Termin im Hanse-Office zwischen StK 3 und Stephan Kleinschmidt vorgesehen.

StK 3 schlug vor, den Termin gemeinsam mit M und dem Europaausschuss des Schleswig-Holsteinischen Landta-

ges durchzuführen. Sie werden vom 8. – 11. Oktober in Brüssel sein.

M sprach kurz die aktuellen Aussagen in der offiziellen Bewerbung Sonderburgs für die Europäische Kulturhauptstadt 2017 an (deutsch-dänische Gegeneinander, zähe und langlebige Feindschaft zwischen Deutschen und Dänen). Sie hoffe, dass diese Formulierungen der Bewerbung Sonderburgs nicht schadeten.

G hätte sich vor der Veranstaltung Sonderburgs am 3. Juli in Brüssel eine frühere Einbindung gewünscht, um entsprechend lobbyieren zu können. Im Ergebnis sehe er leichte Vorteile für Aarhus. Die Entscheidung werde am 24. August fallen.

M und G stimmten darin überein, dass selbst bei einer Niederlage das Momentum für weitere gemeinsame Aktivitäten genutzt werden müsse.

StK 3 stellte anschließend unter Bezugnahme auf den Prüfauftrag im Koalitionsvertrag, *das Hanse-Office in Brüssel zu einer Beratungsinstitution weiterzuentwickeln*, seine Überlegungen vor, künftig das Büro der IB in Brüssel stärker in die Akquise von europäischen Fördermitteln für Unternehmen aus Schleswig-Holstein und Hamburg einzubeziehen. Das Hanse-Office habe bislang bei entsprechenden Anfragen auf das Enterprise Europe Network (EEN) verwiesen, das in Kiel bei der IB angesiedelt sei. Das EEN verfüge über die Expertise, die notwendigen europaweiten Datenbanken und das entsprechende Netzwerk. Es sei vorstellbar, dass künftig ein oder zwei Mitarbeiter des EEN im IB-Büro in Brüssel tätig werden könnten. Das IB-Büro habe aktuell lediglich eine Mitarbeiterin, das von ihr betreute RENREN-Projekt werde im Herbst beendet. Das Hanse-Office, das im Gegensatz zum projektorientierten Ansatz des Süddänemark-Büros einen politikorientierten Ansatz verfolge, könnte das – wenn erforderlich – politische Lobbying leisten. Es werde zudem den Kontakt mit den zuständigen Mitarbeitern in den Ressorts in Kiel / Hamburg herstellen. Diese Überlegungen sollten dem Vorstand der IB vorgestellt werden.

Hinweis: Auf diese Weise könnte die ansonsten erforderliche kostenintensive Personalaufstockung im Hanse-Office vermieden werden.

Hanse-Office-Runde

HO 11 stellte den aktuellen Sachstand zu überlangen LKW vor. Die Ausmaße und Gewichte von Lkw werden durch die europäische Richtlinie 96/53 vorgegeben: Lkw-Gespanne, die länger als 18,75 m und/oder schwerer als 40 t sein sollen, bedürfen der Genehmigung des jeweiligen Mitgliedstaats/Bundeslandes. Nach bisheriger Rechtsauffassung der Kommission waren grenzüberschreitende Fahrten zwischen Mitgliedstaaten unzulässig. Am 15. Juni habe EU-Verkehrskommissar Siim Kallas dem Europäischen Parlament eine Neuinterpretation der Richtlinie 96/53/EG vorgestellt. Hiernach soll es möglich sein, auch grenzüberschreitende Fahrten mit Lang-Lkw unternehmen zu können, wenn beide betroffenen Mitgliedstaaten entsprechende Genehmigungen erteilen. Das Europäische Parlament zeigte sich mit der Neuinterpretation dieser 16 Jahre alten Vorschrift ohne ordentliches Gesetzgebungsverfahren äußerst unzufrieden und prüft derzeit Wege, hiergegen vorzugehen.

An der Grenze zwischen Dänemark und Schleswig-Holstein treffen zwei Modellregionen für Lang-Lkw aufeinander. Schon bislang war die Überwachungspraxis großzügig, wenn dänische Lang-Lkw Ziele im Norden Schleswig-Holsteins anfahren. Die bisherige Praxis werde durch die Neuinterpretation der Kommission nachträglich bestätigt. Eine offizielle Genehmigung dieser grenzüberschreitenden Fahrten sei dennoch nicht ganz unproblematisch, da die Voraussetzungen der Modellversuche in Dänemark und Schleswig-Holstein für derartige Lkw-Kombinationen nicht identisch seien (unterschiedliche Maximalgewichte/Anforderungen an die Achsgestaltung). Zudem habe sich die neue schleswig-holsteinische Regierung politisch dazu bekannt, aus dem bisherigen Modellversuch auszuweichen. Hierfür bedarf es der Änderung der Verordnung

des Bundesverkehrsministeriums auf Basis des Straßenverkehrsgesetzes.

HO 14 stellte den aktuellen Verhandlungsstand der EU-Kohäsionspolitik für die nächste Förderperiode 2014-2020 vor. Uneinigkeit zwischen Rat, Parlament und KOM (aber auch innerhalb der Institutionen) bestehe weiterhin bei Fragen über die Konditionalitäten, Übergangsregionen und die thematische Konzentration. Die KOM möchte bereits im Juli/August die Verhandlungen mit den Mitgliedsstaaten aufnehmen. Dabei sollen sog. Länderberichte („country papers“) vorgelegt werden, die umfassende Vorschläge zu der strukturellen Umsetzung und Zielformulierung von „Operationellen Programmen“ beinhalten. Da diese Länderberichte nicht auf die Regionen heruntergebrochen sein werden, werde den Ländern bzw. Regionen von der GD Regionalpolitik empfohlen, sich selbst um ihre Berücksichtigung bei den Gesprächen zu kümmern. Somit sei Berlin die richtige Adresse, um sich in die Diskussionen über Partnerschaftsverträge und Investitionsprioritäten einzubringen.

HO 16 berichtete, dass zurzeit das von der KOM vorgeschlagene zukünftige EU-Forschungsrahmenprogramm Horizon 2020 für die Jahre 2014-2020 diskutiert werde. Es sehe ein Budget von 80 Mrd. € vor. Zudem werden Konzepte erarbeitet, Fördermittel aus Horizon 2020 besser mit Fördermitteln aus den Strukturfonds zu verknüpfen. Norddeutschland versuche, vor allem den Bereich Meeresforschung in Europa zu stärken, und unterstützt zusammen mit dem Konsortium Deutsche Meeresforschung (KDM) sowohl die Verankerung in Horizon 2020 als auch die Initiative eines MarineKIC (Knowledge and Innovation Community) des Europäischen Innovations- und Technologieinstituts (EIT). Ende dieses Jahres werde die Norddeutsche Wissenschaftsministerkonferenz (NWMK) erstmals den Norddeutschen Wissenschaftspreis vergeben.

In der Gesundheitspolitik sei derzeit u. a. die Berufsankennungsrichtlinie Gegenstand der Diskussion, vor allem in Bezug auf Gesundheitsberufe (Diskussion um 10 (DEU) oder 12 (KOM) Jahre Schulbildung).

HO 12 stellte zunächst in groben Zügen die laufende Modernisierung des EU-Beihilferechts vor (Fokus auf binnenmarktrelevante Vorgänge, Stärkung der ex post-Kontrolle gegenüber der Pflicht zur vorherigen Notifizierung). Dieses Thema sei u. a. im Hinblick auf die nationale Kofinanzierung von EU-geförderten Projekten, aber auch für andere Anwendungsfelder staatlicher Fördermaßnahmen zugunsten von Wirtschaftsbeteiligten relevant. Das Thema Beihilferecht werde voraussichtlich auch in dem von Verkehrskommissar Kallas für das Jahr 2013 angekündigten Hafepakete eine Rolle spielen. Als weitere Bestandteile des Hafepaketes zeichneten sich die Bereiche „Abbau von Verwaltungslasten für den Kurzstreckenseeverkehr“ und ein offenes Wettbewerbsumfeld für Hafendienstleistungen ab.

Ein weiterer aus Sicht der maritimen Branchen relevanter Vorgang sei der laufende Prozess zur Überarbeitung der EU-Schiffbauinitiative LeaderSHIP2015. Die Initiative solle unter dem Titel LeaderSHIP2020 künftig breiter angelegt werden und z. B. die Potenziale der Offshore-Branche für die maritime Industrie stärker berücksichtigen. Darüber hinaus berichtete er über die jüngste Einigung des Europäischen Rates über die geplante EU-Patentgerichtsbarkeit. Jetzt sei es wichtig, dass sich die nord(ost)deutschen Bundesländer in der innerdeutschen Diskussion über die Standorte der 4 deutschen Lokalkammern gemeinsam für den Standort Hamburg einsetzen. Die Hamburger Justizsenatorin habe sich bereits im Sommer letzten Jahres der Zustimmung ihrer Kolleginnen und Kollegen in den nord(ost)deutschen Bundesländern vergewissert. SH habe damals seine Zustimmung zugesagt. Die Hamburger Justizbehörde werde sicherlich auch jetzt nach dem Vorliegen der Einigung der Staats- und

Regierungschefs wieder auf die Nachbarländer zugehen, so dass das Thema M bald erreichen dürfte.

HO 15 berichtete von den aktuellen Diskussionspunkten in der Haushalts- und Finanzpolitik. Nachdem auf den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2014-2020 bereits mehrfach Bezug genommen worden sei, nannte er die von der KOM vorgeschlagenen Werte: Der Etat für die kommenden sieben Jahre soll laut KOM-Vorschlag 1025 Mrd. € umfassen zuzüglich weiterer 58,3 Mrd. € außerhalb des regulären Finanzrahmens für Ausgaben wie z. B. den EU-Globalisierungs- oder Solidaritätsfonds. Würden beide Positionen zusammengerechnet, entstünde ein Finanzrahmen i. H. v. 1,11 % des BNE, während die Position der Bundesregierung und anderer Nettozahlerstaaten sei, den MFR auf 1 % des BNE zu begrenzen. Nicht vergessen werden sollte auch die Diskussion um EU-Eigenmittel, die Bestandteil des Pakets zum MFR seien.

Für den Bereich der Finanzmarktregulierung nannte HO 15 neben Basel III als aktuell wichtigsten Vorschlag die RL zum Krisenmanagement im Bankensektor, mit dem vermieden werden solle, dass Steuerzahler künftig für die Rettung von Banken bezahlen müssten. Darüber hinaus würde sich die KOM in ihren weiteren Schritten zur Finanzmarktregulierung jüngst mehr auf Verbraucherschutzaspekte fokussieren.

Weitere wichtige Themen im Steuerbereich seien Fortschritte bei der Finanztransaktionssteuer und der Kampf gegen den Steuerbetrug sowie für den Bereich der Economic Governance die zügige Annahme des Two-Packs, um den Stabilitäts- und Wachstumspakt weiter ausbauen zu können.

Im Rahmen der allgemeinen Modernisierung des Vergaberechts erläuterte HO 15 die aktuelle, höchst umstrittene Gemengelage zur Konzessionsrichtlinie, die insbesondere im Hafen- und Energie- und Wasserbereich keinerlei Vorteile bringe. Im Hinblick auf die Überarbeitung der bestehenden Vergaberechtsrichtlinien seien für die Bundesländer vor allem die Verpflichtung zur e-Vergabe ab 2014

sowie die Etablierung von nationalen Aufsichtsbehörden zur Überwachung der ordentlichen Anwendung des EU-Vergaberechts kritisch zu beurteilen.

Herr Oltmanns berichtete, dass es im Bereich der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik eine Reihe von Gesetzgebungsinitiativen der KOM gebe, die zurzeit verhandelt werden, etwa die Berufsqualifikationsrichtlinie, die Arbeitszeitrichtlinie oder das „Entsendepaket“. Die Arbeitslosigkeit in der EU sei derzeit Hauptgegenstand der EU-Beschäftigungspolitik. Gegenwärtig liege die Arbeitslosenquote der EU bei 10,3%, und die Jugendarbeitslosenquote liege bei 22,6%. Die KOM habe als Reaktion auf die hohe Arbeitslosigkeit in der EU diverse Maßnahmen im Bereich der Beschäftigungspolitik angekündigt. In dem im April vorgestellten „Beschäftigungspaket“ fordere die KOM konkret, die Steuerlast auf Arbeit zu senken, Einstellungszuschüsse für KMU zu zahlen und einen branchenspezifischen Mindestlohn einzuführen. Der letzte Vorschlag sei teilweise auf Kritik in einigen Mitgliedstaaten gestoßen, insbesondere DEU. Die betroffenen Länder werfen der EU eine Einmischung in die nationale Lohnpolitik vor und verweisen darauf, dass der EU insoweit keine Gesetzgebungskompetenz zustehe.

HO 17 wies darauf hin, dass die Planung des MFR 2014-2020 einen Etat von mindestens 500 Mio. € für den Bereich der Kultur vorsehe und die Stadt Sonderburg offiziell ihre Bewerbung zur Kulturhauptstadt 2017 eingereicht habe (Tag der Entscheidung sei der 24. August 2012).

HO 17 ging anschließend auf die Energie-Roadmap 2050 der EU ein, der zufolge der Anteil an Öl und festen Brennstoffen bis 2050 stark zurückgehen werde, während der Anteil an Gas und Kernenergie in etwa gleich bleiben werde. Der Anteil erneuerbarer Energien bei der Energienutzung solle dagegen stark ansteigen. Die KOM habe allerdings kein Szenario mit 100% erneuerbaren Energien für 2050 vorgestellt. Im Hinblick auf die 20-20-20-Klimaschutzziele der EU werde das Ziel, den Gesamtenergie-

verbrauch durch eine Steigerung der Energieeffizienz um 20% bis 2020 zu reduzieren, mit den derzeitigen Maßnahmen voraussichtlich nicht erreicht werden (Energieeinsparungen voraussichtlich zwischen 15% und 17%).

HO 17 erwähnte zudem die Finanzierungsmöglichkeiten für erneuerbare Energien im europäischen Raum. Der Etat für die Connecting Europe-Fazilität (CEF) solle mit 9,1 Mrd. € dabei das Hauptfinanzierungsinstrument für nachhaltige Energie bilden (Finanzierungsbedarf liege aber im dreistelligen Milliardenbereich). Zusätzlich sollen aus den EU-Strukturfonds 20% der Mittel in Maßnahmen für Energieeffizienz und erneuerbare Energien fließen.

Im Bereich der Meerespolitik ging HO 17 auf verschiedene aktuelle Themen auf EU- und SH-Ebene ein.

HO 18 stellte die Diskussionen um die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) dar: Bei der GAP-Reform werde es wahrscheinlich erst im Februar 2013 unter der irischen EU-Ratspräsidentschaft zu einer Einigung kommen, vorausgesetzt, es erfolge parallel eine Einigung zum MFR. Schleswig-Holstein werde aller Voraussicht nach dabei mit weniger EU-Mitteln rechnen müssen. Gründe dafür seien die stärkere Konvergenz der MS untereinander (voraussichtlich zwischen 4% und 4,8% weniger für DEU), die Berücksichtigung von Kroatien als neuen Mitgliedstaat und die Forderung süddeutscher Bundesländer nach einem größeren Anteil am nationalen Plafond. HO 18 ging anschließend auf das sog. Luxemburg-I-Papier ein, mit dem 15 Mitgliedstaaten eine Flexibilisierung des Greenings gefordert hätten. Die unerwartete Vorlage dieses Papiers hätte zur Folge gehabt, dass die KOM größere Bereitschaft zeige, sich in diesem Punkt zu bewegen. Gemeinsam mit der KOM würde nun an einem Luxemburg-II-Papier gearbeitet, mit dem versucht werden solle, der Forderung nach Flexibilisierung ebenso Rechnung zu tragen wie der Forderung des Kommissars hinsichtlich der Äquivalenz der Maßnahmen. Hinsichtlich der 2. Säule sei für SH positiv zu bewerten, dass die Unterstützung in Rat und AGRI-Ausschuss größer werde, eine private Kofinan-

zierung zu ermöglichen und die EU-Förderquote für Klima- und Umweltmaßnahmen über die von der KOM vorgeschlagenen 50 % hinaus anzuheben.

Einschätzung:

Die Gespräche fanden in einer angenehmen und konstruktiven Atmosphäre statt. Ministerin Spoorendonk konnte gute Gesprächsergebnisse für Schleswig-Holstein verzeichnen: Das gilt insbesondere für die mehrfach bestätigte Aussage, dass die Themen Tourismus und Kultur auch ohne explizite Nennung im Menükatalog weiterhin im Rahmen der Europäischen Territorialen Zusammenarbeit gefördert werden können: